

2302/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Großruck  
und Kollegen

an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
betreffend krisenhafte Entwicklung im Kur- und Gesundheitsbereich  
Zahlreiche Kur- und Heilbäder haben mit argen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu  
kämpfen. Dafür verantwortlich ist der drastische Rückgang der Anzahl bewilligter  
Kuraufenthalte und der Umstand, daß die von den Sozialversicherungsträgern  
bezahlten Tarife teilweise nicht einmal die Personalkosten abdecken. Obwohl die  
Beschäftigten in den Kuranstalten bereits mit laufenden Gehaltseinbußen und  
Personalreduktionen konfrontiert sind, sind weitere Arbeitsplätze akut gefährdet.  
Ohne hier von einem quasi-automatischen "Anspruch," auf regelmäßige  
Kuraufenthalte zu sprechen, muß doch auf die Präventivwirkung und Bedeutung für  
die Volksgesundheit und die damit verbundene Kostenersparnis im  
Gesundheitswesen hingewiesen werden.

Deshalb richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales nachstehende

A n f r a g e :

- 1 ) Wie hat sich die Anzahl der von den Sozialversicherungsträgern bewilligten Kuren  
in den Jahren 1995 und 1996 entwickelt ?
- 2) Mit welcher Entwicklung rechnen Sie in den nächsten Jahren ?
- 3) Welche Berechnungen liegen den von den Sozialversicherungsträgern bezahlten  
Tarifen zugrunde ?
- 4) Ist eine weitere Erhöhung des Selbstbehaltes bei Kuren geplant ?
- 5) Wenn ja, in welchem Zeitraum und Ausmaß ?
- 6) Ist Ihnen die besorgniserregende Situation im Kur- und Heilbädewesen bekannt  
und wenn ja, welche Maßnahmen ergreifen Sie dagegen ?

.- - ,-